

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

12.7.1927 (No. 159)

Expedition: Karlsruhe, Friedrichstraße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Kneub, Karlsruhe.

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassembatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Friedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagen über den Inhalt der Zeitung, insbesondere über die Darstellung von Tatsachen, ist die Redaktion nicht verantwortlich. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis zum 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

* Das Zentrum und die Koalition im Reich

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen. Zuvor hat er mit den Stimmen aller Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten und Deutschvölkischen) das Kriegsgerätgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz angenommen. Bei dieser Abstimmung sind also die Sozialdemokraten und Demokraten mit der Koalition Hand in Hand gegangen. Es ergab sich so das Bild einer erfreulichen Einmütigkeit. Um so schärfer war die Opposition der Minderheit bei der Erledigung der Zollvorlage. Vor allem der Sprecher der Sozialdemokratie hat scharfe Kritik an den Leistungen der regierenden Koalition auf politischem und gesetzgeberischem Gebiet geübt. Die Zollvorlage wurde dann mit Zweidrittelmehrheit angenommen, unter Ablehnung aller Änderungsanträge. Angesichts dieses Ergebnisses wird wohl auch der Reichsrat dem Gesetz weitere keine Schwierigkeiten mehr bereiten.

An der Zollvorlage hatte vor allem die Deutschnationale Volkspartei ein lebhaftes Interesse. Wenn auch die übrigen Koalitionsparteien mitamt der Reichsregierung sehr entschieden für die Notwendigkeit einer Zollerhöhung auf Kartoffeln, Zucker und Schweinefleisch eingetreten sind, so weiß man doch zur Genüge, daß es die Deutschnationalen bzw. die Landbündler gewesen sind, die diese Zollerhöhung forderten. Die Deutschnationalen dürfen also vom Standpunkt ihrer Interessen aus mit dem Ergebnis der Reichstagsession und mit dem Funktionieren der regierenden Koalition zufrieden sein. Dafür haben sie auf rein politischem Gebiet manches Opfer gebracht: sie haben der Verlängerung des Republikstufengesetzes, der Kontrolle der Schleifung der Ostbefestigungen und dem Kriegsgerätgesetz zugestimmt, obwohl es sich dabei um Dinge gehandelt hat, für die sie früher gar nicht zu haben waren. Aber der materielle Vorteil, wie er durch die Zollerhöhungen geboten wird, erschien ihnen offenbar wichtiger, als die Vertretung politischer Überzeugungen.

Saben sonach die Deutschnationalen den Preis, um dessen willen sie sich an der Koalition beteiligten, nämlich die Zollerhöhungen, gewonnen, so kann man ähnliche Erfolge auf Seiten des Zentrums nicht verbuchen. Und es ist begreiflich, daß das Zentrum und seine Reichstagsfraktion über diese Entwicklung nicht erfreut sind. Das Reichsschulgesetz, auf dessen Erledigung es vor allem dem Zentrum ankam, ist noch nicht einmal im Entwurf an den Reichstag und den Reichsrat gelangt. Und die Zweifel des Zentrums, ob es überhaupt gelingen wird, das Gesetz noch in diesem Reichstag unter Dach und Fach zu bringen, sind nur zu begründet. Das Haupthindernis ist in der Haltung der Deutschen Volkspartei zu erblicken.

Die Beamtenbesoldungsreform ist bis zum Herbst hinausgeschoben worden, sie soll ab 1. Oktober d. J. zur Auswirkung gelangen. Ob eine entsprechende Gesetzesvorlage bis dahin vom Reichstag wirklich verabschiedet wird, bleibt jedoch fraglich. Immerhin wissen die Beamten, daß die Besoldungsreform, wenn sie später Gesetz wird, rückwirkende Kraft ab 1. Oktober 1927 erhalten wird. Die Beamten hatten bekanntlich schon eine frühzeitige Erledigung verlangt. Wenn man auch erwarten darf, daß die Beamten die Argumente der Reichsregierung würdigen werden, so ist doch hier und da mit dem Aufkommen einer gewissen Mißstimmung zu rechnen. Und eine solche Mißstimmung ist für solche Parteien, die viele Beamte zu ihren Anhängern zählen, nicht angenehm. Das gilt ja im vorliegenden Fall für alle Koalitionsparteien. Aber die Deutschnationalen können sich auch hier wieder damit trösten, daß sie die Zollerhöhungen durchgedrückt haben.

Der dem Zentrum angehörende Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat mit der von ihm geplanten Reichsfinanzreform gleichfalls nicht vom Fleck kommen können. Er hat selbstverständlich seine Pläne keineswegs aufgegeben, aber auch für ihn war die verflochtene Reichstagsession mit mancherlei Enttäuschungen verbunden. Die Deutschnationalen haben es eben in jeder Hinsicht besser gehabt, als ihr Koalitionspartner, die Zentrumsfraktion.

Aus dieser Sachlage heraus sind die letzten Pressefundgebungen der Zentrumsfraktion zu verstehen. Mit allem Nachdruck wird in diesen Veröffentlichungen der Beschluß des Reichsausschusses unterstrichen, jener Beschluß, welcher die völlige Handlungsfreiheit der Zen-

trumpartei festsetzte. Die Zentrumsfraktion will loyal an der augenblicklichen Koalition festhalten, solange die Voraussetzungen gelten, unter denen sie zustande kam, „aber auch keinen Tag länger“. Für diese Koalition und mit dieser Koalition den Wahlkampf zu führen, fällt jedoch keinem Mitglied der Fraktion ein.“ Die Fraktion ist „keine festere Bindung eingegangen, als sie sich aus jedem Koalitionsverhältnis von selbst ergibt“.

Vedeutam ist der in diesem Zusammenhang ausgesprochene Hinweis auf die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung. Eine solche Reichstagsauflösung könnte erfolgen, wenn das vom Zentrum peinlich empfundene Verhalten der übrigen Koalitionsparteien bei der Schulvorlage anhält. Die Auflösung wäre dann, wie die „Germania“ schreibt, der „letzte Anlaß zum Todesurteil über den Reichstag, der nicht mehr instande wäre, eine tragfähige Grundlage für eine Regierung zu schaffen“. Allerdings wird das Zentrum wohl kaum aus der Schulfrage eine Wahlparole machen und sich „nicht unter Außerachtlassung aller anderen wichtigen politischen Gesichtspunkte an die Seite der Deutschnationalen drängen lassen“.

Wie Stegerwald neuerdings in einem Artikel ausgeführt hat, sind die sachlichen Meinungsverschiedenheiten im Zentrumslager nach der letzten Sitzung des Reichsausschusses nicht mehr groß. Man hat sich geeinigt auf der Basis einer Politik der Mitte. Läßt sich eine solche Politik der Mitte im Zeichen der jetzt regierenden Koalition nicht verwirklichen, so wird das Zentrum seine eigenen Wege gehen; es wird die Luft an einer Koalition verloren haben, die ihm eigentlich nur Unannehmlichkeiten und Nachteile gebracht hat.

Englische Erklärungen über die Frage der Räumung des Rheinlandes

In Erwiderung auf die an die Erklärung Chamberlains sich anschließende Debatte sagte Loger-Rampson im Unterhaus: Was die Räumung des Rheinlandes betreffe, so hat mich der Staatssekretär ermächtigt, zu sagen er bedauere, daß er bezüglich dieses besonderen Punktes nicht ausdrücklich geantwortet habe. Und er teilte mir mit, daß die Frage der Räumung des Rheinlandes in Genf bei der letzten Sitzung des Völkerbundes nicht aufgeworfen wurde. Die britische Regierung glaubt nicht, daß es einem nützlichen Zweck dienen würde, wenn diese Frage jetzt erörtert würde. Tatsächlich ist seit Dezember 1926 eine beträchtliche Herabsetzung der Truppen im Rheinlande vorgenommen worden. Die britische Regierung ist aber der Meinung, daß diese Verminderung tatsächlich nicht so weit durchgeführt wurde, wie in der Entscheidung der Völkerbundeskonferenz ins Auge gefaßt wurde. Die Regierung wird fortfahren, ihr Bestes zu tun, um dafür zu sorgen, daß baldige Erfüllung der in der Entscheidung der Völkerbundeskonferenz gelegenen Absichten zustandegebracht wird.

Kritische Stimmung in Frankreich

WPA, Paris, 12. Juli. Der gestrige Beschluß des Finanz- und Ausschusses der Kammer, die Beamtengehälter rückwirkend ab 1. August 1926 zu erhöhen, erfordert eine Mehrausgabe für das Budgetjahr 1926/27 von 425 Millionen. Finanzminister Poincaré hat sich entschieden geweigert, über den Regierungsvorschlag hinauszugehen. Die Lage ist also kritisch. Der Abgeordnete Blum gab dem „Populaire“ die Erklärung, daß wenn ein Teil der durch ihre Niederlage in der Wahlrechtsvorlage bestimmten Opposition sich den Vorkämpfern in der Frage der Erhöhung der Beamtengehälter anschließen sollte, eine Ministerkrisis wahrscheinlich wäre.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Wie der „Matin“ berichtet, sind die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen soweit gefördert worden, daß eine Entscheidung über die Möglichkeit des Abschlusses eines langfristigen Handelsprovisatoriums heute oder morgen fallen werde.

Die französische Heeresvorlage vor dem Senat. Der Senat begann die Beratung des Gesetzes über die allgemeine Organisierung des Heeres, das bereits von der Kammer angenommen worden ist. Nachdem die Senatoren Lebrun und General Girschauer für das Gesetz gesprochen hatten, betonte Kriegsminister Painlevé, daß die Regierung immer mehr ein Bedenken gehabt habe, nämlich, daß die schlimmste Bedrohung für den Frieden Europas die Schwäche Frankreichs sein würde. Der Gesetzesentwurf werde dazu beitragen, ein starkes Frankreich zu schaffen.

Aus dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen. Dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen über die Einnahmen und Zahlungen im dritten Annuitätensjahr entnehmen wir folgende Posten: Gesamteinnahme der 3. Jahresannuität bis zum 30. Juni 1927: 1 097 863 035,80 (im Monat Juni: 111 551 427,80 RM). Gesamtzahlungen für die Mächte im dritten Annuitätensjahr: 946 819 297,06 (im Juni: 99 389 797,76), davon Zahlungen an Frankreich 463 828 105,53, an England 225 919 472,59, Italien 70 331 431,40, Zahlungen insgesamt: 1 036 460 757,73. Kassembestand am 30. Juni 1927: 154 528 322,58 RM.

Chamberlain über die englische Außenpolitik

In seiner Antwort auf die außenpolitischen Anfragen im Unterhaus erklärte Chamberlain u. a., es gebe in der auswärtigen Politik Großbritanniens gar kein Geheimnis, und es bestehe keinerlei Verpflichtung noch Zusage, von denen das Unterhaus keine Kenntnis habe. Der Außenminister erklärte erneut, daß die Regierung immer ihre Pläne und Verpflichtungen dem Parlamente unterbreite. Er hob weiter hervor, daß es die Politik Großbritanniens sei, sich mit den ehemaligen Feinden auszuöhnen, jeden Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten unter den Nationen zu beseitigen und Konflikte auf friedlichem Wege beizulegen. Das — erklärte Chamberlain — ist nicht allein die Politik Großbritanniens, sondern auch diejenige von Frankreich und Deutschland und, wie ich hoffe und glaube, diejenige aller beteiligten Regierungen. Völkerverbund und Völkerbundsrat sind stärker als vor drei Jahren. Die allgemeine Atmosphäre ist gegenwärtig friedlicher als damals und Bepflegungen der Staatsmänner werden jetzt vom Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit geleitet.

Über die russische Frage sagte Chamberlain: Keine Regierung in Europa steht unter dem falschen Eindruck, daß Großbritannien sich bemüht habe, einen antirussischen Block zu bilden. Deutschland, Frankreich, Italien und jeder Randstaat wisse, daß wir von Anfang an nicht versucht haben, sie in unsere Meinungsverschiedenheiten hineinzuziehen, aber wie haben ihnen allen gesagt, sie brauchten keine Kritik oder Eiferjucht von der britischen Regierung zu befürchten, wenn sie irgendetwas tun könnten, um ihre allgemeinen Beziehungen zu Rußland zu verbessern.

Hierzu führte Chamberlain weiter aus, er sei in Genf von Briand und Dr. Stresemann gebeten worden, die zur Völkerbundeskonferenz gehörigen Mächte und den Vertreter Deutschlands auf sein Zimmer einzuladen. Es sei selbstverständlich, daß er dieser Bitte stattgegeben habe. Er sei auf dieser Zusammenkunft ersucht worden, eine Erklärung über die Gründe abzugeben, die zum englisch-russischen Bruch geführt hätten und sich darüber zu äußern, ob England beabsichtige, den Streit weiterzuführen. Er, Chamberlain, habe die Gründe mitgeteilt, die dem Hause ja bekannt seien, nämlich, daß die Beziehungen abgebrochen wurden, weil sie beiderseitig missbraucht worden seien, daß es eine Gefahr statt einer Garantie für den Frieden bildeten, daß England aber beabsichtige, die Fortsetzung des Handels zu ermöglichen, und daß England nicht daran denke, die Differenzen auf die Spitze zu treiben. Nur eine einzige weitere Frage sei bei dieser Bepflegung noch erörtert worden, nämlich die Ernennung eines Deutschen in die Mandatskommission. Dr. Stresemann wünsche die Lage zu kennen, bevor er sich darüber entscheide, ob er einen formalen Antrag an den Völkerbundsrat stellen solle oder nicht.

Chamberlain kam dann auf die Dreimächtekonferenz zu sprechen. Ich möchte, sagte der Minister, nicht optimistisch sein, als es die Umstände erlauben, aber ich habe keineswegs die Hoffnung aufgegeben, daß die Bepflegungen auf der Dreimächtekonferenz zu einer wesentlichen Verminderung der Rüstungslasten führen werden.

Die Unterhausdebatte selbst war durch eine Rede des Arbeiterparteilers Bonsonby eingeleitet worden. Dieser wandte sich in seinen Ausführungen der Frage der deutsch-französischen Beziehungen, der Lage in Südosteuropa und der russischen Frage zu. Er erklärte u. a.: Locarno scheint nicht zu einer endgültigen Erneuerung der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich geführt zu haben, man müsse im Gegenteil eine neue Periode gespannter Beziehungen befürchten. Die Opposition wünscht den Standpunkt der Regierung zur Räumungsfrage kennen zu lernen. Bonsonby kritisierte weiterhin in abfälliger Weise die „elefantenhäufige Diplomatie“ gegen Rußland. Er bemerkte alsdann, daß seiner Auffassung nach die Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission keine Hoffnung auf Abrüstung und Frieden geben.

In bezug auf die von Bonsonby erwähnte Erklärung Briands über von der französischen Regierung angestrebte Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zur Abtönung des Krieges zwischen beiden Ländern sagte Chamberlain: Ich glaube, es ist wahrscheinlich, daß solche Verhandlungen stattfinden werden, und ich wünsche ihnen einen guten Verlauf. Was uns selbst betrifft, so hoffe ich, daß zwischen den Vereinigten Staaten und England der Krieg bereits in die Nacht erklärt ist und zwar in den Herzen eines jeden Bürgers der beiden Staaten.

Die deutsche Beschwerde in Brüssel. Über den Stand der deutschen Beschwerde wegen der bekannten Erklärungen des belgischen Kriegsministers De Broqueville über die deutsche Reichswehr erfahren wir folgendes: Die belgische Regierung hat den deutschen Gesandten in Brüssel wissen lassen, daß die in Frage stehenden Erklärungen in der Presse nicht richtig wiedergegeben worden seien. Der authentische Wortlaut der Erklärungen ist bekanntlicherweise in Brüssel noch nicht veröffentlicht worden, so daß eine endgültige Stellungnahme dazu im Augenblick noch nicht möglich ist. Schon jetzt steht aber fest, daß die Äußerungen des belgischen Kriegsministers, wie sie zunächst veröffentlicht wurden, den Tatsachen widersprechen, daß insbesondere die Behauptung einer vertragswidrigen vorzeitigen Entlassung von Reichswehrangehörigen unwahr ist. Die von einem Teil der ausländischen Presse an die ersten Meldungen geknüpften Kommentare sind hierdurch ohne weiteres hinfällig. Die deutsche Beschwerde wird auf diplomatischem Wege weiter verfolgt.

Mit der Beilage: 36. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Das Ortsbuch für das Deutsche Reich

In Verbindung mit der deutschen Reichsbahn und der deutschen Reichspost wurde von Otto Stollberg, Verlag für Politik und Wirtschaft (Berlin SW 68) das Ortsbuch für das Deutsche Reich herausgegeben, welches als Nachschlagewerk für die Bedürfnisse der Behörden, der Wirtschaft und des Verkehrs von großer praktischer Bedeutung ist und daher von weiten Kreisen dankbar begrüßt werden dürfte. Durch die politischen Umwälzungen der Kriegs- und Nachkriegszeit wurden so tiefgehende Änderungen auf dem Gebiete der staatlichen Zugehörigkeit, der Verwaltung, der Einwohnerzahlen sowie der Eisenbahn- und Postverhältnisse herbeigeführt, daß das Fehlen eines zuverlässigen, dem neuesten Stand entsprechenden Ortslexikons schon längst als ein großer Mangel empfunden worden war.

In dem vorliegenden 1124 Seiten umfassenden Buch sind für rund 80 000 Ortschaften im Deutschen Reich alle für den Ort selbst, für seine staats- und verwaltungspolitische Eingliederung sowie für seine Beziehungen zum Eisenbahn- und Postverkehr wesentlichen Angaben in übersichtlicher Form zusammengestellt. Im einzelnen ist bei jedem Ort angegeben, Land bzw. Provinz, Kreis bzw. Bezirksamt, das zuständige Amtsgericht und, falls am Orte ein Landgericht vorhanden, das zuständige Landgericht, das zuständige Post- und Telegraphenamt mit genauer amtlicher Bezeichnung, die Eisenbahnstation mit Angabe der Abfertigungsbefugnisse, das zuständige Finanzamt, die am Orte befindlichen sonstigen Behörden, die höheren Schulen, die am Orte stationierten Reichswehrformationen, die Einwohnerzahl nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung und die Ortgruppe nach dem Ortsklassenverzeichnis zum Besoldungsgesetz. Bei allen Orten ohne eigene Eisenbahnstation ist die nächstgelegene Station angegeben.

Für jeden Ort werden zehn verschiedene Angaben gebracht, d. h. insgesamt enthält das Buch etwa 800 000 Angaben, von denen ein großer Teil überhaupt zum ersten Mal festgelegt worden ist.

Die redaktionelle Bearbeitung eines solch umfassenden Werkes erfordert eine Unmenge von Arbeit, Zeit und Mühen, von welchen der Nichtfachmann keine Ahnung hat. Die Herausgabe des Buches wäre wohl kaum möglich gewesen, wenn nicht die beiden großen Verkehrsbehörden, Reichsbahn und Reichspost, die auf dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr bezüglichen Angaben besitzt und bis zum Abschluß des Werkes überprüft hätten. Für die Bezeichnungen der Post- und Telegraphenanstalten sowie der Eisenbahnstationen sind die amtlich eingeführten Benennungen mit ihren feststehenden Zusätzen gewählt worden. Welche große Bedeutung das hat, zeigt schon ein flüchtiger Blick in das Werk, sind doch in einem erheblichen Ausmaß schon die Bezeichnungen der Post- und Telegraphenanstalten bei ein und demselben Ort, zum mindesten durch Zusätze, oft aber überhaupt verschieden. Ein noch größerer Unterschied besteht selbstverständlich zwischen den Bezeichnungen der Post einerseits und der Reichsbahn andererseits. Gerade die richtige Angabe der zuständigen Post- und Telegraphenanstalt bzw. der zuständigen Eisenbahnstation ist aber wesentlich für die schnelle und ungehinderte Abwicklung des zunehmenden Verkehrs.

Der Reichsbahn und der Reichspost ist es als ein großes Verdienst anzurechnen, daß sie ihr reiches Material, das sonst auf Einzelangaben verteilt oder überhaupt nicht veröffentlicht ist, in den Dienst der Allgemeinheit, insbesondere der Wirtschaft und des Verkehrs gestellt haben. Dem Verlag Otto Stollberg in Berlin aber gebührt Dank und Anerkennung für die Herausgabe des gediegenen Buches, welches einem dringenden praktischen Bedürfnis auch der Behörden entspricht und nach den „Berliner Wirtschaftsnotizen“ (Nr. 9 vom 30. 4. 27.) zu den besten Werken der deutschen Nachschlageliteratur gehört. Das Ortsbuch für das Deutsche Reich wird jeder Reichs-, Staats-, Kreis- und Gemeindebehörde wertvolle Dienste leisten und kann daher zur Anschaffung nur bestens empfohlen werden. Direktor Ehrler, Freiburg i. Br.

Der Weltbundsband. Die in Genf tagende Konferenz für die Schaffung einer internationalen Hilfsunion nahm am Montag Kenntnis von dem Konventionentwurf und dem Statutenentwurf, die aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen sind. Der Konventionentwurf bestimmt u. a., daß die Hilfsunion folgenden Zweck hat: 1. Daß bei Naturkatastrophen und Katastrophen höherer Gewalt, deren außerordentliche Schwere die Hilfsmittel der betroffenen Völker übersteigt, der betroffenen Bevölkerung die erste Hilfe gewährt werden soll. 2. Daß bei allen Landkatastrophen gegebenenfalls die Bemühungen der Hilfsunion miteinander verbunden werden sollen. Alle Länder sprachen ihre Befriedigung aus über den glücklichen Ausgang der Konferenz und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß bald alle Staaten sich der Konvention angeschlossen haben werden.

Immer wieder neue Verbädigungen. Zu den Behauptungen des Berliner Vertreters des „Echo de Paris“ über den Bau von Oberbathern an Stelle der zerstörten Unterstände an der deutschen Ostgrenze erklärt das Reichswehrministerium: In der Gegend von Landsberg haben Pioniere der Reichswehr auf Wunsch der dortigen Forstverwaltung drei Walzströme erbaut. Der Zweck des Baues für die Pioniere war, Ausbildung im Schlag und in der Bearbeitung von Holz, der Zweck des Baues für die Forstverwaltung war die Überwachung von Waldbränden. Die Türme sind Eigentum der Forstverwaltung. Drahtverbindungen zu Reichswehrgarnisonen bestehen nicht. Die Forstverwaltung hat eigene Leitungen zwecks schnellerer Benachrichtigungen angelegt. Eine Befestigung oder Übernahme durch frühere Reichswehrgarnisonen oder Vertreter des Reichswehrministeriums hat nicht stattgefunden.

Internationale Konferenz ehemaliger Kriegsteilnehmer. In Luxemburg traten über 50 Delegierte der Kriegsteilnehmerorganisationen von 11 ehemaligen kriegführenden Ländern zu einer Konferenz zusammen, zu welcher zum ersten Male auch deutsche und österreichische Kriegsteilnehmer eingeladen waren. Auf der Tagesordnung stehen besonders drei Fragen: 1. die Tätigkeit der früheren K. g. steilnehmer zur Erhaltung des Friedens, 2. die Verbesserung der Lage der früheren Kriegsteilnehmer und 3. das Internationale Statut für die Kriegsgefangenen.

Der unauffindbare Daudet. Der Chefredakteur der „Action Française“, Rujot, ist aus dem Santé-Gefängnis entlassen worden. Bezüglich seiner Entlassung sagte er den Journalisten, er habe nichts anderes erwartet, denn seiner Überzeugung nach habe der Justizminister einen schweren Fehler begangen, als er ihn arretieren ließ. „Die Regierung befindet sich in großer Verlegenheit. Sie weiß nicht, was sie mit Daudet anfangen soll“, sagte Rujot höhnisch zu den Journalisten, „und jetzt versucht sie, die Bahn frei zu bekommen, indem sie mich aus der ungerechten Haft befreit. In aller Kürze wird sie auch Daudet einen Weg geben, wieder auf der Bildfläche zu erscheinen. Léon Daudet kann schon heute auf Straßlosigkeit rechnen.“

Deutsch-litauische Verhandlungen. Am 20. Juli sollen in Berlin die deutsch-litauischen Verhandlungen beginnen.

* Preis in Ganzleinen gebunden 40 RM.

Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag außer mit den Hilfsmaßnahmen für die durch das Unwetter in Sachsen Geschädigten mit dem Liquidationsgesetzentwurf. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge ist noch nicht zu übersehen, wann das Gesetz an den Reichsrat überwiesen werden kann.

Veröffentlichung des Reichsschulgesetzes. Zwischen dem Reichskabinett und den Regierungsparteien ist nach der „Post. Ztg.“ verbündelt worden, daß der Entwurf des Reichsschulgesetzes, soweit er dem Reichsrat überwiesen wird, veröffentlicht werden soll, damit eine öffentliche Diskussion über seine Einzelheiten möglich ist.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat in einer Sitzung nach Schluß des Reichstags, wie die „Germania“ berichtet, zum Ausdruck gebracht, daß sie mit Befriedigung auf die parlamentarischen Arbeiten des letzten Halbjahres zurückblicke, daß sie auch mit Zuversicht den zukünftigen parlamentarischen Arbeiten entgegenstehe und daß die Fraktion in allen wichtigen Fragen mit voller Einmütigkeit ihre Beschlüsse gefaßt habe, getragen von dem Vertrauen zum Schaffen der Partei und zur Fraktionsleitung, die ihrerseits in vollkommenem Einvernehmen miteinander gearbeitet hätten.

Gegen einen Mordanschlag. Fast alle Reichstagsparteien haben bei der Regierung beantragt, auf die Länder im Sinne eines Verbots der Verwendung von Reichspolizisten zu Kleindienstzwecken einzuwirken.

Gesandter von Emich, der ehemalige ungarische Gesandte in Berlin ist gestorben.

Der Domela-Kraatz. Vor dem Kölner Schöffengericht spielte sich gestern der Prozeß gegen den falschen Hohenzollernprinzen, gegen Harry Domela ab. Der Angeklagte wurde wegen Betrugs in vier Fällen zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wird voll angerechnet.

Die gefährdete Marinekonferenz. Wie aus Genf berichtet, hat die Marinekonferenz ihre für Montag angesetzte Vollversammlung auf unbestimmte Zeit vertagt. Das ganze Streben der Delegierten ist augenblicklich darauf gerichtet, ein Scheitern der Verhandlungen zu vermeiden.

Annahme des französischen Wahlreformgesetzes. Die Kammer hat in einer Nachtigung das Gesetz über die Rückkehr zu den Arrondissementswahlen mit 320 gegen 234 Stimmen angenommen. Artikel 2 des Gesetzes, der für die kommende Legislaturperiode die Zahl der Abgeordneten auf 611 festsetzt, wurde durch Handaufheben angenommen. Die Beratung war langwierig, da sie sich in der Hauptsache um die Wahlkreisverteilung drehte, wobei örtliche Interessen stark in die Erscheinung traten.

Zur Ermordung des irischen Justizministers. Aus Dublin meldet man: Im Zusammenhang mit der Ermordung des Justizministers O'Higgins wurden mehrere Personen verhaftet. Der amtliche Bericht erklärt, daß 5 Personen an dem Mord beteiligt gewesen sind, zwei trugen Waffen und beim Erscheinen des Ministers schossen drei andere, die sich in einem gestohlenen Kraftwagen aufhielten. Die Polizei besitzt eine genaue Beschreibung der Mörder.

Druschilowski zum Tode verurteilt. Aus Moskau wird gemeldet: Das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes verurteilte Druschilowski wegen Spionage gegen die Sowjetunion und wegen Anfertigung gefälschter Dokumente zum Tode. Das gesamte Eigentum des Verurteilten verfiel dem Staate.

Russische Spionage in Polen. Wie „Kurjer Poranny“ meldet, hat die polnische Polizei in Wilna eine ausgedehnte Spionageorganisation aufgedeckt, die zugunsten der Sowjetunion arbeitete. Die Spionagebande soll in einer Reihe von Städten und Ortschaften der Provinz Agenturen unterhalten haben. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Abgelehnter Mißtrauensantrag im englischen Parlament. Ein von der Opposition im Zusammenhang mit der auswärtigen Politik der Regierung eingebrachter Mißtrauensantrag wurde vom Unterhause mit 222 gegen 105 Stimmen abgelehnt.

Blutige Zwischenfälle in Bagdad. Bei der berühmten Moschee Kadhimain kam es anlässlich eines religiösen Festes zu einem Zusammenstoß zwischen Zivilisten und Soldaten der Truppe. Über den Grund ist nicht genau bekannt. Die Soldaten, die ebenso wie die Anhängigen Schi-Mohamedaner waren und keine Waffen trugen, wurden von der ungeheuren Menge angegriffen. Es wurden zwei Soldaten und drei Zivilisten getötet und 16 Soldaten und 23 Zivilisten verwundet. Ein Teil der Verwundeten ist darauf zurückzuführen, daß in der Menge von über 100 000 Menschen in dem Gedränge viele Personen niedergedrückt wurden.

Auch ein amerikanischer Rekord — 12 000 Morde im Jahre

Aus New York wird uns geschrieben:

In den Vereinigten Staaten werden laut der letzten Statistik im Jahre etwa 12 000 Personen auf gewaltsame Weise, durch Mord oder Totschlag, ums Leben gebracht. Damit steht Amerika unter den zivilisierten Ländern an erster Stelle.

Wenn auch Chicago unter den Städten zahlenmäßig mit 510 Morden im Jahre 1926 die höchste Ziffer aufzuweisen hatte, so entfielen doch auf je 100 000 der Bevölkerung „nur“ 16,7 solcher Verbrechen, wobei gegenüber 1925 eine Verringerung um 2,1 zu verzeichnen war. New York dagegen, das doppelt so groß als Chicago ist, hatte 340 Morde, oder 5,7 auf 100 000, während es 1925 noch 6,4 gewesen waren.

Den höchsten Satz jedoch hatte 1926 die Stadt Jacksonville in Florida, wo 75,9 Mordfälle auf je 100 000 Bewohner entfielen. Darin folgten Tampa in Florida mit 67,6, Birmingham in Alabama mit 66,8, Memphis in Tennessee 42,4 usw. Es zeigt sich aus der ganzen Aufstellung, daß die Großstädte prozentual durchaus nicht die größte Kriminalität auf diesem Gebiete aufweisen.

Die Erscheinung, daß gerade in den südlichen Staaten die meisten Morde verkommen, führt man zum Teil auf die zahlreiche Negerbevölkerung, teilweise auch darauf zurück, daß die Verbrecher im Süden öfter der Strafe entgehen als anderswo. Vielleicht, so meint man, spiele auch der umfangreiche Genuß des verbotenen Alkohols dort eine größere Rolle.

In 118 Städten aller Staaten wurden 1926 insgesamt 8451 Morde verübt. In 87 Städten war eine Zunahme, in 81 eine Abnahme zu verzeichnen. 18 davon sind überhaupt von solchen Verbrechen freigeblieben.

Was die allgemeinen Ursachen betrifft, die für diese hohe Kriminalität verantwortlich gemacht werden, glaubt man, daß der zunehmende Reichtum Amerikas dabei eine Rolle spiele. Auch hält man die Strafen häufig für zu gelinde, wobei eine unangebrachte Sentimentalität gegenüber den Mördern mitspielt. Der freie Waffenverkauf trage gleichfalls mit dazu bei, daß die Verbrechen sich häufen. Die Kriminalpolizei sei auch nicht auf der gleichen Höhe wie in vielen anderen Ländern. Das ergebe sich aus der Tatsache, daß viele dieser Verbrecher nicht gefaßt würden.

Der Gesamtvorstand des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine e. V. hat sich in einer in Berlin abgehaltenen Sitzung eingehend mit der Verlängerung des Reichsmieten- und Mieterausgleichsgesetzes und den Regierungsvorlagen zur Abänderung der genannten Gesetze befaßt und das Ergebnis seiner Beratungen in folgender einstimmig gefaßten Entschließung niedergelegt: Der Gesamtvorstand des Zentralverbandes hat in seiner Sitzung am 7. Juli d. J. die Maßnahmen des Zentralverbandes bezüglich der Wohnungszwangswirtschaft einer eingehenden Behandlung und Besprechung unterzogen. Der Gesamtvorstand billigt die Tätigkeit und die getroffenen Maßnahmen der Verbandsleitung und spricht den Wunsch aus, daß auch in Zukunft mit der gleichen Energie und dem gleichen Nachdruck Recht und Freiheit des Hausbesitzes vertreten werden.

Die Unwetterkatastrophe

Die Lage im Unwettergebiet Sachsens läßt sich jetzt einigermaßen übersehen. Alle Eisenbahnstrecken und Straßenbahnen in 80 Kilometer Länge von Pirna aus gerechnet, sind so zerstört, daß für ihre Wiederherstellung Monate nötig sind zumal auch alle Brücken völlig zerstört worden sind. Der Ort Berggießhübel muß neu projektiert werden. Sieben ober acht Familien in Berggießhübel sind vollständig ausgerottet, nicht ein Mitglied ist gerettet. Hier liegt das Vieh vom braven Mann, dem es schon gelungen war, sechs Frauen zu retten und der dann bei dem Veruche, die siebente zu retten, von den Fluten weggerissen wurde und ertrank ist.

Nach amtlicher Feststellung beträgt die Zahl der Toten im Bereiche der Amtshauptmannschaft Pirna 113 und im Bereiche der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde 32, insgesamt sind demnach dem Unwetter am vergangenen Freitag im Gottkeuba- und Mühlthal 145 Menschen zum Opfer gefallen. Es ist zu hoffen, daß diese Verlustliste keine wesentliche Erhöhung mehr erfahren wird.

Am Montag nachmittag wurden in Berggießhübel die ersten Opfer der Katastrophe beklagt. In der Trauergemeinde sah man viele Leute mit Fetzen von Gewändern, wie sie sich gerettet haben.

Der Materialschaden beträgt nach vorläufiger amtlicher Schätzung im gesamten Katastrophengebiet 60 Millionen Mark, für die Reichsbahn 10 Millionen Mark. Mit aller Energie, die Bewunderung abnötigt, arbeitet man in den Ruinen der zerstörten Ortschaften an der Aufräumung und Bergung: eine unendlich mühselige Arbeit, weil die Trümmer zu einem fürchterlichen Konglomerat zusammengedrückt sind. Neben Polizei, Reichswehr und Feuerwehr sind 13 Hilfsorganisationen tätig (darunter die Arbeiterkameraden). Höchst peinlich wirkte es, daß am Sonntag ein großer Schwarm neugieriger Ausflügler in das Unglücksgebiet fuhr, zum Teil auf improvisierten Rumpfhäufchen. Die Polizei sorgte nach Kräften dafür, daß diese Neugierigen so wenig wie möglich bei den Aufräumungsarbeiten störten.

Das Reichskabinett hat beschlossen, zur Vinderung der großen Wasserschäden zunächst zwei Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Der Reichsfinanzminister hat für die so sehr schwer heimgeuchten Gebiete in Sachsen zunächst eine Million Mark zur Verfügung gestellt. Es sind auch bereits private Sammelstellen eingerichtet worden. Der dänische Gesandte hat dem Reichskanzler das Beileid seiner Regierung ausgesprochen.

W.D. Berlin, 12. Juli. Ein stundenlang anhaltender Gewitterregen von mitunter außerordentlicher Heftigkeit ging gestern nachmittag über Berlin nieder und richtete besonders in den südlichen und westlichen Vororten erheblichen Schaden an, wo die betraffenden Wassermassen in den tiefer gelegenen Stadtteilen und am Fuß von abschüssigen Straßenzügen große Überschwemmungen verursachten.

W.D. Paris, 12. Juli. Gestern Abend ist über Paris und Umgebung ein ungewöhnlich starkes Gewitter niedergegangen, das in verschiedenen Stadtteilen beträchtlichen Schaden anrichtete. In zahlreichen Häusern wurden Keller und Geschäfte unter Wasser gesetzt, so daß die Feuerwehre die Bewohner befreien mußte. Auf den Straßen erreichte das Wasser eine Höhe bis zu 70 Zentimeter. Bei einigen Häusern besteht Einsturzgefahr.

W.D. Moskau, 12. Juli. Die Stadt Lufojawow im Gouvernement Nischninowgorod wurde von einem schweren Wirbelsturm heimgesucht. Der die Stadt durchziehende Schneefluß brachte Hochwasser und Überschwemmung, wodurch Menschen und eine große Anzahl Vieh fortgerissen wurden.

Verschiedenes

Zum Eisenbahnunglück im Harz. Die Untersuchung, die seitens der Aufsichtsbehörde der Reichsbahn und des Reichsverkehrsministeriums über den Unglücksfall eingeleitet worden ist, hat, wie die Blätter erfahren, ergeben, daß die Direktion der in Frage kommenden Privatbahn das Mögliche getan hat. Mit der Naturkatastrophe hat niemand rechnen können. Die übrigen Bahnen im Harz sind freigegeben worden. Sollten sich noch Anhaltspunkte ergeben, welche die Schuld eines einzelnen nachweislich machen, so wird die Untersuchung eingeleitet werden.

Keine Kohlenpreiserhöhung. Die Anträge auf Erhöhung der Kohlenpreise wurden vom Reichskohlenrat abgelehnt. Der Bevollmächtigte des Reichswirtschaftsministers erklärte, daß dieser bei der gegenwärtigen Lage eine Kohlenpreiserhöhung unvereinbar mit dem Gemeinwohl halte.

Erdbeben bei Jerusalem. Nach den bisher eingegangenen Berichten hat das Erdbeben in der Jerusalemer Gegend etwa 26 Tote und über 30 Verletzte gefordert.

Schweres Unglück bei einem Schulausflug. Aus Kolberg wird berichtet: Zwei Landschulen machten einen Ausflug nach Kolberg. Nachmittags badeten die Schülerinnen, wobei ein 18- und ein 10-jähriges Mädchen aus Klitzow von der Strömung mitgerissen wurden und ertranken. Zwei andere Mädchen rettete der aufsichtführende Lehrer.

Zeitschriftenschau

Ethos. Das sechste erscheinende 2. Heft des 2. Jahrgangs 1927 bringt u. a. folgenden: B. Walmsley, Ethik, Gestalttheorie und Soziologie, G. Lehmann, Zur Philosophie des Kollektivismus, M. Forten, Intentionalität und geistige Atmosphäre der Kultur, F. Arens, Zur Soziologie der Kulturpsychologie der Zukunft. An die wissenschaftlichen Abhandlungen reiht sich ein gewissenhaft verfaßter Literaturbericht über einschlägige Neuerscheinungen, dann über Zeitschriften und Tagungen. (Ethos, zweimonatliche Zeitschrift für Soziologie, Geschichte und Kulturphilosophie. Verlag G. Braun, Karlsruhe. Umfang des Heftes 80 Seiten, Einzelheft 2.50 RM, Halbjahr [8 Hefte] 7 RM. Drucksachen durch jede Buchhandlung oder den Verlag.)

Badischer Landtag

D. J. Karlsruhe, 12. Juli 1927.

Trotz der in Kürze beginnenden Sommerferien ist auch heute die Zahl der Eingänge sehr groß. Darunter befinden sich allerdings eine Reihe von Anträgen zu den Gegenständen der Tagesordnung, so zum Polizeibeamtengesetz.

Präsident Dr. Baumgartner gedenkt sodann in tiefempfundenen Worten der furchtbaren Unwetterkatastrophe, die verschiedene Teile Sachsens betroffen und an die 150 Todesopfer gefordert hat. Er spricht namens des badischen Landtages und Volkes den schwer heimgesuchten Gebieten und insbesondere der sächsischen Volksvertretung die allerherzlichste Teilnahme aus. (Die Mitglieder des Hauses hatten sich während der Ansprache des Präsidenten von den Plätzen erhoben).

Als der kommunistische Abg. Bod hierzu eine Erklärung abgeben will, wird namentlich in den Reihen der Sozialdemokraten heftiger Widerspruch laut. Abg. Dr. Marum ruft: „Die Komödie im Reichstag soll hier wiederholt werden!“ Der Präsident erinnert an die Bestimmung der Geschäftsordnung, wonach eine Erklärung vorher schriftlich dem Präsidenten mitgeteilt werden muß. Auf seine Anfrage wird diese Auffassung vom Hause bestätigt. (Zurufe der Kommunisten).

Nach Eintritt in die Tagesordnung erstatet Abg. Dr. Wolfhard (Dm.) namens des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung einen erschöpfenden Bericht über das

Polizeibeamtengesetz

eine Folge der Aufhebung des Schupolizeigesetzes durch das Reich. Künftig soll die Polizei nicht nur nach der Dienstausübung, sondern auch nach dem Recht einheitlich organisiert sein. Die Polizeianwärter treten auf der Polizeischule als Anwärter für den Beruf des Polizeibeamten ein. Sie werden in diesem Verhältnis sofort als Beamte verpflichtet. Das Verordnungsverfahren kommt in Wegfall. Die Neuregelung strebt eine mögliche Angleichung des Rechts der Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes an das allgemeine Beamtenrecht an. (Unsere Leser sind über den Gang der Ausschussverhandlungen wie auch über die Stellungnahme der Polizeibeamtenschaft selbst bereits unterrichtet.) Der Ausschussantrag geht auf Annahme der Vorlage. Die von den Organisationen der Polizei- und Gendarmeriebeamten und -Offiziere vorgelegten Eingaben sollen für erledigt erklärt werden. Nach dem etwa 2 stündigen Vortrag des Berichterstatters erklärte in der Ansprache zunächst

Abg. Wehringer (Dm., Rgg.) die Zustimmung seiner Fraktion zum Gesetzentwurf, der im Ausschuss wesentliche Verbesserungen erfahren habe. Die ursprünglichen Bedenken auf seiner Seite seien hauptsächlich beamtenrechtlicher Natur gewesen. Auffallend sei die plötzliche Forderung der Kommunisten für die Polizei, die in idiosyncrasischen Gegenstände zu dem fortwährenden Geschimpfe auf die „blutrünstige Kemmelgarde“ stehe.

Abg. Dr. Oltzinger (D. Vpt.) führt aus, der Ausschuss habe eine gute Arbeit geleistet. Den berechtigten Wünschen der Polizeibeamten aller Kategorien sei in weitgehendem Umfang Rechnung getragen worden. Die Kommunisten hätten kein Recht, sich als die wahren Vertreter der Polizei aufzuspielen. Gewisse Beforderungen, die in der Eigenart des Dienstes begründet seien, müßten in Kauf genommen werden. Die Beförderung der unteren Polizeibeamten bedürfe der Aufbesserung. Von der Geheulaut werde man bei der laienierten Polizei nicht absehen können. Ohne den Härteausgleich wäre eine frühere Ruhegehälter schwer tragbar gewesen. Auch die Erhöhung des Entlassungsgeldes war berechtigt. Auch wir werden dem Gesetze zustimmen. Wünschenswert sei, daß alle Polizeibeamten die Offizierslaufbahn beschreiten können. Aber auch den Beamten mit Abitur müsse die Möglichkeit, Offizier zu werden, in erträglicher Zeit offen stehen. Der Redner hofft, daß die Frage des Polizeioffiziersberufes baldigst für das ganze Reich einheitlich geregelt wird.

Nächste Sitzung nachmittags 1/4 4 Uhr. Schluß 1 Uhr.

Landesversammlung des Bad. Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge

D. J. Karlsruhe, 11. Juli. In Anwesenheit von Vertretern der badischen Regierung verschiedener Landtagsabgeordneter, Vertreter der Städte und Gemeinden und zahlreicher Fürsorgeorganisationen fand heute vormittag, 10 Uhr beginnend, hier die Landesversammlung des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge statt, die aus allen Teilen des Landes sehr zahlreich besucht war. Der Bericht des Kinderkrankenhauses Karlsruhe, Prof. Dr. Lutz, gab ein lautes Bild über die Tätigkeit des Verbandes im abgelaufenen Geschäftsjahr. Hieran knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Sodann wurde der Rechenschaftsbericht von Regierungsrat Dr. Karlsruhe, erstattet. Der zweite Punkt der Tagesordnung „Satzungsänderung“ wurde auf ein Jahr zurückgestellt.

Einen großen Raum in den Verhandlungen nahm das Thema „Das neue Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in seiner Auswirkung auf die Kinderfürsorge“ ein, wobei der Direktor der Universitätskinderklinik Freiburg, Prof. Dr. Neugebauer, referierte. Er legte der Versammlung seinen Standpunkt zum Reichsgesetz dar, wie auch zum badischen Referententwurf in seiner Eigenart als Kinderarzt dar, während die zweite Medizinerin, Stadtfürsorgerin Maria Sigmund-Schulze, Görlitz, die jetzigen Verhältnisse durch Beispiele aus ihrer praktischen Tätigkeit beleuchtete. Die sich anschließende Aussprache war recht ausgedehnt und wurde schließlich mit dem Vorschlag der Einsetzung einer Kommission, die entsprechende Anträge auszuarbeiten soll, beendet. Gegen 2 Uhr schloß Oberregierungsrat Dr. Hecht die Tagung. Ein größerer Teil der Gäste wohnte der Vorführung des Films „Unser Kind“ im Palastino bei.

Der Bau der drei Rheinbrücken

Der bayerische Landtag befaßte sich am Samstag mit der Frage der Errichtung von Rheinbrücken in Ludwigshafen, Maxau und Speyer. Der Vertreter der bayerischen Regierung, Ministerialrat Albig von der obersten Baubehörde, führte dazu aus, die Verhandlungen über das Dreibrückenprojekt seien sehr erschwert worden durch den großen Umfang der Arbeiten, die hier in Frage kommen. Es handele sich um einen Gesamtaufwand von rund 42 Millionen. Die Frage sei nun, wie die Länder die ihnen zufallenden 14 Millionen für alle drei Brücken aufbringen. Darüber würden in den nächsten Tagen Verhandlungen zwischen Bayern und Baden stattfinden. Es sei das Bestreben, die Projekte so zu fördern, daß sie rechtzeitig noch im Oktober der Zentral-Kommission zur Prüfung übergeben werden können. Bevor die Zentralkommission für Rheinbrücken endgültig zugestimmt habe, sei es riskant, mit dem Bau zu beginnen. Vor Frühjahr nächsten Jahres fänge man mit den Bauarbeiten nicht angefangen werden. Bei den Brückenbauten könnten sehr viele Arbeitslose vermeidet werden, da rund 1 1/2 Millionen Kubikmeter Erde gefördert werden müßten.

Wegandter a. D. von Verckheim

Im 77. Lebensjahre ist nach langem Leiden der frühere badische Gesandte in Berlin Erz. Graf Siegmund von Verckheim in Weinheim gestorben. Graf von Verckheim stammte aus Weinheim. Bevor er in den Hof- und Staatsdienst eintrat, widmete er sich der militärischen Laufbahn. Er war dabei einige Zeit hindurch dem Generalstabe zugeteilt und trat dann, 1861 in den unmittelbaren Dienst Großherzog Friedrichs I. Im Jahre 1896 wurde er zum Oberschloßhauptmann ernannt und ihm vier Jahre darauf der Grafentitel verliehen. Im Jahre 1902 übernahm der nun Verstorbenen die Leitung des Oberkammerherrenamts und im Jahre 1903 wurde er als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen badischen Gesandten von Zagemann zum badischen Gesandten und bevollmächtigten Minister am preussischen Hofe, sowie zum Bevollmächtigten beim Bundesrat des Reiches ernannt. Im Mai 1916 wurde er auf seinen Wunsch zur Ruhe gesetzt; zu seinem Nachfolger wurde der damalige Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Piefer ernannt. Graf von Verckheim entfaltete einem eifässigen Adel und war Grund- und Majoratsbesitzer von Weinheim.

Die Trauer- und Beisetzungsfeierlichkeiten fand dem Wunsch des Verlebten gemäß in aller Stille statt. Ein überaus großes Trauergefolge begleitete ihn zu seiner letzten Ruhestätte. Landrat Dr. Pfaff war im Auftrage der Badischen Regierung und Oberbürgermeister Huegel im Auftrage der Stadt erschienen.

Tagung des Vereins der Fortbildungsschullehrer

D. J. Karlsruhe, 12. Juli. Die hier abgehaltene Landesversammlung des Vereins badischer Fortbildungsschullehrer und des Vereins badischer Lehrer an gewerblichen Schulen, war aus allen Teilen des Landes besucht. Das Verlangen nach Ausbau der badischen Fortbildungsschulen zur Berufsschule und ihre Gleichstellung und Zusammenfassung mit den Handels- und Gewerbeschulen, wie sie in verschiedenen deutschen Staaten schon erfolgt ist, kam hier einmütig zum Ausdruck. Universitätsprofessor Dr. Alois Fischer in München sprach über „Die Berufsschule und ihre Organisation“. Aus seinem Vortrag sei folgendes hervorgehoben: 1. Die augenblickliche Lage des Berufsschulwesens ist durch einen Zwiespalt gekennzeichnet. Durch die Reichsverfassung und die ihr folgenden Gesetze ist eine Reformbewegung in Fluß geraten, die eine einheitliche Entwicklung des Berufsschulwesens im ganzen Reichsgebiet erstrebt. 2. Für die Organisation einer Schule sind maßgebend: Das Bildungsziel, dem sie dienen soll; die psychologische Struktur des Entwicklungalters, indem ihre Schüler durchschnittlich stehen; der soziale und politische Wert des Aktionsradius des Lehrers. 3. Aus dem Ziel ergibt sich ferner, daß trotz Differenzierung der Formen nach Berufsgruppen und nach der Bildungshöhe aller Berufsschulen einen einheitlichen Geist und demgemäß einen Stamm allgemein verbindlicher Bildungsfächer haben müssen. 4. Auf diesem Unterbau, der freilich nicht als Vorstufe zeitlich getrennt, sondern als Gesamtaufgabe eingebaut werden soll, erhebt sich die beruflich differenzierte Schule nach dem vorläufig noch bestehenden Hauptgliederungen der Wirtschaft: Landwirtschaftliche, gewerbliche, industrielle, hauswirtschaftliche Berufsschulen. 5. Die Zeit der Berufsbildung ist im Rahmen der neuen Bildungspflicht so zu gestalten, daß nicht nur Wiederholung und Ergänzung, sondern eine „Mittelschulbildung“ für die breiten Schichten erreicht wird. 6. Jede Berufsschule, auch die heutigen Verhältnisse angewiesen, auf eine wohlorganisierte, reibungslose Zusammenarbeit mit der Jugendpflege einerseits und der Selbsterziehung der Jugendlichen in ihren freibewegten Vereinen und ihren Organisationen andererseits. Aus diesem Grund ist die Stellung der Berufsschullehrer wesentlich verschieden von jenen der Volksschullehrer und der Oberlehrer an Studienschulen. Am besten erscheint eine weitgehende fachkundige Mitarbeit der Berufsschullehrer als der professionellen Jugendpädagogen an den anherkunftlichen Erziehungseinrichtungen der reiferen Jugend (Jugendamt, Berufsamt und Berufsberatung, Jugendwohlfahrt und Pflegedienst, Jugendführeramt in der Jugendbewegung, Beziehung zu den Berufsorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer).

Der langanhaltende Beifall seitens der Lehrerschaft, aber auch seitens der Ehrengäste, unter denen mehrere Vertreter der Regierung, Landtagsabgeordnete, Vertreter der Handels- und Gewerbeschulen und der Handwerkskammer waren, zeigte, daß es der Redner verstanden hat für seine vielfach neuen, aber überzeugenden Ideen zu entfallen. Am Schluß nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Der Erziehung der volkschulentlassenen Jugend, die über 90 Proz. der gesamten Jugend Deutschlands umfaßt, muß im heutigen Volksstaate ganz besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge zugewandt werden. Die Heranbildung der wertvollen Jugend zu berufstätigen staatsbewußten Männern und Frauen ist eine nationale Aufgabe schlechthin. Die am 2. Juli 1927 in Karlsruhe versammelten Lehrer und Lehrerinnen wahren erwarten deshalb vom Landrat und vom Unterrichtsministerium, daß in Würdigung der Bedeutung des Fortbildungsschulwesens für den Staat die gesamte Jugend in Stadt und Land ohne Rücksicht auf Arbeits- und Lehrverhältnis beruflich erfährt und in einer großen Berufsschule als besonderen und neuen Schultyp, zusammengeführt, und gemeinsam erzogen und herangebildet wird, wie dies in fast allen Staaten des deutschen Reiches, wo ausgebildete Berufsschulen schon vorhanden sind, bereits geschieht.“

Schulrat Beck überbrachte die Grüße der Stadt Mannheim und lud die Versammlung im Namen des Oberbürgermeisters ein, ihre nächste Tagung in Mannheim abzuhalten.

Badischer Baumeistertag

In der Zeit vom 9. bis 11. Juli hielt in Freiburg der Badische Baumeisterbund seine 2. Bundesstagung ab. Am Samstag wurden Mitgliederversammlungen der angeschlossenen Vereine und Fachgruppen abgehalten, darunter des Vereins staatlich geprüfter Baumeister Badens für Hoch- und Tiefbau, des Vereins badischer Bezirksbaumeister, der Vereinigung der mittleren technischen Beamten der badischen Hochbauverwaltung usw. Am Abend des gleichen Tages fand in der Harmonie ein Begrüßungs- und Festabend statt.

Sonntag vormittag hatte die Bundesleitung zu einer nicht-öffentlichen Bundesversammlung einberufen, die nach Erstattung des Geschäftsberichts und einer regen Aussprache über schwebende organisatorische und berufshandliche Fragen die Wiederwahl der bisherigen Bundesleitung brachte. Auf der am 11. Juli angehaltenen öffentlichen Bundesversammlung, die einen überaus regen Verlauf aufwies, konnte der Bundesvorsitzende, Baumeister Frischmuth, Karlsruhe, u. a. begrüßen: Direktor Dr. Raufen von bad. Staatsministerium Karlsruhe, der zugleich als Vertreter des Kultusministers erschienen war, Regierungsrat Müller als Vertreter des Landeskommissars und des Bezirksamtes, Stadtrat Steiger in Vertretung

der Stadtverwaltung Freiburg, ferner den 2. Vorsitzenden des Deutschen Bauverbundes, Baumeister Freibel, Gildesheim, und Vertreter des württemberg. und hessischen Baumeisterbundes.

Der von Baumeister Langloß erstattete Geschäftsbericht gab einen guten Einblick über den gegenwärtigen Stand der noch jungen Organisation — der badische Baumeisterbund war im Jahre 1925 in Heidelberg gegründet worden — und in die bisher geleistete Arbeit. Er zeigte, daß sich die Organisation sehr rasch entwickelt hat, zumal eine Reihe von Fachgruppen und Vereinen dem Bunde beigetreten waren. Heute hat der Bund die Interessen von ca. 1100 Baumeistern zu vertreten und zwar aller Fachgruppen. Neben organisatorischer Tätigkeit, in der noch viel zu tun übrig bleibt, steht der Bund vor den großen brennenden Aufgaben, die insbesondere berufshandlicher Art sind. Es handelt sich dabei vor allem um die Ausbildung des technischen Nachwuchses. Seit Jahren ist die Berufsvertretung der Baumeister bemüht, gewisse Mängel in der Ausbildung auszumerken. Ein Hauptziel ist die Hebung der Allgemeinbildung auf den Stand der Obersekundarstufe. Das in Aussicht genommene Programm sieht eine Verschärfung der Aufnahmebedingungen für das Staatsstudium und die Einrichtung von fünf Fachseminaren nebst einem Vorsemester vor. — Eine alle diese Fragen zusammenfassende Entscheidung gelangte darauf zur Annahme, worauf der Bundesleitung für die Geschäftsführung das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Ort der nächsten Tagung ist Karlsruhe im Zusammenhang mit dem 50-jährigen Bestehen der dortigen Bauhschule.

Verbandsstag Badisch-Pfälzischer Zimmermeister in Pforzheim

D. J. Pforzheim, 11. Juli. Am 9. und 10. Juli hielt hier der Verband Badisch-Pfälzischer Zimmermeister seinen 29. Verbandsstag ab, der aus allen Teilen des ausgedehnten Verbandsgebietes gut besucht war. Der Verbandsvorsitzende, Zimmermeister und Stadtrat Franz Ambs, Freiburg, leitete die Tagung, der Vertreter der Ministerien und zahlreicher anderer Behörden und befreundeter Organisationen anwohnten. — Der Vorstandspräsident Dr. Edert erstattete einen umfangreichen Geschäftsbericht. Danach hatte das Zimmerhandwerk empfindlich unter dem fast allorts ungünstigen Laufommer 1926 und dessen Nachwirkungen zu leiden gehabt. Auch die Lohn- und Holzpreissteigerungen haben sich ungünstig auf das Zimmerhandwerk ausgewirkt, ganz zu schweigen von der, wie überall, hart empfundenen steuerlichen und sozialen Belastung. Immerhin wäre bei der Belegung des Baumarktes eine Minderung des wirtschaftlichen Druckes zu erwarten und die Bedrohung der Selbstständigkeit des Zimmerhandwerks weniger ernst. Der Laureferent des Finanzministeriums, Ministerialrat Prof. Dr. Dirsch, Karlsruhe, hielt ein mit Beifall aufgenommenes Referat über den Zimmermeister im Wandel der Zeit, in welchem er nach einer Darstellung des Entwicklungsganges des Zimmerhandwerks auch einige Perspektiven für die Zukunft mit einer Forderung neuerzeitlicher und ingenieurmäßiger Holzbaufortschritt gab. Seine Gedanken wurden von Zimmermeister Holzbaufortschritt, auch geäußert, der unter Hinweis auf die Bestrebungen des Verbandes den Willen unseres Zimmerhandwerks zur Weiterentwicklung auch der modernsten Probleme des neuerzeitlichen Holzbaues Ausdruck gab und auch auf die Erfolge, die auf diesem Gebiet bereits von den Zimmermeistern errungen worden sind, hinweisen konnte.

Aus der Landeshauptstadt

40 Jahre Schwarzwaldberein. Die Ortsgruppe Karlsruhe der Badischen Schwarzwaldberein feiert in diesem Jahre das 40. Jubiläum ihres Bestehens. Ihre Mitgliederzahl beträgt jetzt über 3 000.

Wiener Operette im Konzerthaus. Die große Napoleonsoperette „Terzina“ von Oskar Strauß, die bei den bisherigen Aufführungen so außerordentlich gut gefiel, geht heute Abend anderweitiger Aufführungsverpflichtungen wegen zum letztenmal in Szene, während für morgen aus demselben Grunde die letzte Aufführung der Ausstattungoperette „Der Orlov“ angelegt ist, am Donnerstag „Gräfin Mariza“. Am Freitag, 15. Juli beginnt die große Kalman-Woche, in der nun Werke dieses populären Komponisten gespielt werden, mit der Erstaufführung seines letzten großen Werkes, der Operette „Die Zirkusprinzessin“. Kalman ist es mit der „Gräfin Mariza“ und der „Zirkusprinzessin“ geblüht, hinter einander zwei erfolgreichere, melodische Werke zu schaffen, von denen das letztere die „Mariza“ noch übertrifft.

Wetterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Durchzug der Hochdruckwelle brachte uns allgemein Aufhellung. Ein von der Nordsee nach Süden sich ausbreitender Zug kühlerer Luft wird uns voraussichtlich jedoch wieder Vermöhlung und Abkühlung mit Regenfällen bringen. Voraussichtliche Witterung für Mittwoch, den 13. Juli: Wechselnd bewölkt, etwas kühler, strichweise Regen.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Buechen, 12. Juli. Auf seinem Erholungsurlaub in seiner Heimat Medesheim erkrankte an einer Blinddarmentzündung der Schriftleiter des „Buechener Volksblattes“, Albert Diehm. Es ist seiner Erkrankung erlegen.

D. J. Pforzheim, 12. Juli. Am Samstag mußte in der Gemartung Stein ein internationales Verkehrsflugzeug infolge Motorschadens notlanden. Das Flugzeug wird abmontiert. Die sechs Fahrgäste wurden mit Kraftwagen nach dem Flugplatz Karlsruhe weiterbefördert.

D. J. Söllingen bei Durlach, 12. Juli. Morgen den 13. Juli feiert hier der Postagent a. D. Karl Jilly, der letzte noch lebende Teilnehmer an dem bekannten Zepplinpatrouillenritt nach dem Schützenhof im Feldzug 1870 in voller geistiger und körperlicher Frische seinen 80. Geburtstag. Mit großem Interesse und besonderer Lebhaftigkeit erzählt der Jubilar noch heute seine Erlebnisse, die er damals als junger Gefreiter im badischen Leibdragonerregiment mit seinem wagemutigen und draufgängerischen Patrouillenführer, dem Grafen Zepelin hatte.

D. J. Vangensteinbach (Amt Ettlingen), 18. Juli. Diebe drangen nächtlicherweise in die Kämlichkeiten der hiesigen Sparkasse ein u. versuchten, den Kassenschrank mittels Schweißapparat zu erschmelzen. Es gelang ihnen auch, ein Stück aus dem Schrank herauszuschneiden, jedoch mißlang der Versuch, den Kassenschrank zu berauben, in dem sich mehrere tausend Mark Gelder befanden.

D. J. Mafati, 11. Juli. Zu dem am Samstag und Sonntag hier veranstalteten zweiten Regimentstag ehemaliger Angehöriger des 30. Feldartillerieregimentes hatten sich etwa 2000 frühere Angehörige des Regimentes, Offiziere und Mannschaften, hier eingefunden.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Dr. Sinsheim (Elsenz), 9. Juli. Das nach dem Plane und unter Leitung des Regierungsbauamtes Koch, Heidelberg, hier erbaute Festlosgasthaus wurde mit einer schlichten Feier seiner Bestimmung übergeben. Zugegen waren Staatspräsident Dr. Frunk, höhere Beamte des Justizministeriums, die Landtagsabg. D. Mayer-Karlsruhe und Schmelzer-Heidelberg, sowie Prof. Dr. Gregor, Flehingen und Kreisoberlehrer Dr. Reich, Heidelberg. Staatspräsident Dr. Frunk dankte allen an der Schaffung des Werkes beteiligten Faktoren herzlich und betonte den hohen Wert der karitativen Weiterhilfe nach der Schulentlassung. Dann sprach Landtagsabg. Geheimrat Mayer, der die Einigkeit aller Landtagsparteien hervorhob, wenn es sich darum handle, die Jugend zu fördern.

Dr. Freiburg i. Br., 11. Juli. Geheimrat Professor Dr. Himmelfarb befehlte in diesen Tagen die Feier seines 75. Geburtstages. Seit 1890, in welchem Jahre er als Privatdozent nach Freiburg überfiedelte, ist er mit der Freiburger Hochschule eng verbunden. Nach vorübergehender Tätigkeit in Darmstadt und Gießen kam er 1896 endgültig nach Freiburg, um die Leitung des Physikalischen Instituts zu übernehmen, bis er sich 1924 von der Lehrtätigkeit zurückzog. Geheimrat Himmelfarb leitete als Rektor die Feier der Grundsteinlegung des neuen Kollegiengebäudes. Seine wissenschaftlichen Verdienste haben überall Anerkennung gefunden.

Dr. Billingen, 11. Juli. Eine Besprechung der Gemeindevertreter der interessierten Städte und Gemeinden der Schwarzwaldbahn und der Strecken Billingen—Krossingen und Billingen—Dürheim befaßte sich mit der Einführung von Triebwagen auf der Schwarzwaldbahn. Man einigte sich dahin, daß die Anteile dem wirtschaftlichen Vorteil entsprechend festgesetzt werden sollen. Die Reichsbahndirektion will die Triebwagen selbst beschaffen und von den sich beteiligenden Städten und Gemeinden eine zweijährige Zinsgarantie verlangen. Die Triebwagen werden nur vierte Klasse mit sich führen. Der Kilometerpreis soll 3 Pf. betragen. Ein Zweierverband, der das nötige Kapital zur Finanzierung des Unternehmens bereitstellen soll, wurde angeregt. Die endgültige Beratung wurde bis zur Vorlage eines neuen Jahresplans durch die Betriebsinspektion Billingen vertagt.

Nadolfszell, 12. Juli. Die Stadtgemeinde hat mit dem Deutschen Schöffelbund e. V., Geschäftsstelle Karlsruhe, einen Vertrag über die Errichtung eines Schöffelmuseums in dem ehemaligen Hause Schöffels auf der Mettnau abgeschlossen. Ohne die Bestände des Deutschen Schöffelbundes im Schloß zu Karlsruhe dadurch zu beeinträchtigen, wird der Deutsche Schöffelbund aus seinem Archiv im Schöffelmuseum Mettnau-Nadolfszell insbesondere Manuskripte und Erinnerungsskizzen aus den letzten Lebensjahren des Dichters, die er in jenem herrlich gelegenen Landstädt am Bodensee verbracht hat, zur Ausstellung bringen.

Konstanz, 12. Juli. Die Kapelle der Konstanzer Jäger, Infanterie Regiment Nr. 14, die die musikalische Tradition der ehemaligen Voettge-Kapelle weiterpflegt, hat auf der Internationalen Ausstellung „Musik im Leben der Völker“ vom 1. bis 6. Juli konzertiert. Die Kapelle, die im Ausstellungspark musizierte, fand bei ihren Zuhörern begeisterte Aufnahme. Vor allen Dingen waren es immer wieder die wunderbaren historischen Märsche, die unter allgemeinem Jubel gespielt wurden.

Bücheranzeigen

Bildungssysteme der Kulturvölker. Von Dr. E. Friedl. (400 Seiten. Geheftet 7 M. In Leinenband 9 M. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig). — Nicht nur der Erzieher, sondern auch der Historiker, Theologe und Philosoph wird das Buch mit Genuß lesen und Neues daraus lernen. Vor allem aber ist es zu begrüßen, daß so die Rinde unseres Schrifttums geschlossen wird, denn es fehlte uns bisher vollständig an einer festgegründeten Geschichte des Bildungswesens. Sie wird uns hier geschenkt.

Die deutsche Reformation. Von Geheimrat Professor Dr. R. Brandl. 1. Halbband des 2. Bandes der „Deutschen Geschichte“. Herausgegeben von Geheimrat Professor Dr. E. Raftz. (880 Seiten. Geheftet 12 M. In Leinenband 14 M. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig). — Die Zeit der deutschen Reformation gleicht in ihren Spannungen, ihren gegeneinander wirkenden Kräften, ihren in den Tiefen aufgewühlten Massen vielfach unserer Zeit. Aber wer das fern Dünkel der Jahrhunderte durchdringen, die ungeheure Kraft jener europäischen Gesamtentwicklung verstehen will, die in der deutschen Reformation ihren erfülltesten Ausdruck fand, der bedarf eines bewährten Führers. Als solcher bietet sich uns in diesem prächtigen Werke der Göttinger Historiker an. Bewundernswert ist seine Objektivität, die gerade die heißumkämpfte Zeit besonders erfordert. Aber Brandl ist nicht nur Forscher, sondern auch Künstler in der Darstellung. Er weiß seine Leser festzuhalten und mitzureißen.

Der Volksbibliothekar. Seine Aufgabe, sein Beruf, seine Ausbildung. Im Auftrag der deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen herausgegeben von Hans Hofmann. (146 Seiten. Preis geheftet 4 M. Quelle & Meyer, Leipzig). — Dieses Buch, das die Grundlage der volkstümlichen Bücherei festlegt, ist ein unentbehrlicher Berater für alle, die sich für die eigenartigen Aufgaben der Volksbücherei interessieren.

Haus und Hausrat, ihre Entfaltung, Bewertung und Erhaltung. von Hilde Zimmermann. 7. neu und erweiterte Auflage. Mit vielen Abbildungen. (Französische Verlagshandlung Stuttgart. Preis geb. 2.40 M., kart. 3.20 M., in Ganzleinen 4 M.). — Woher kommt mein Hausrat? Wie ist er beschaffen? Wo laßt man ihn billig und vorteilhaft? Wie sorgt man für seine Erhaltung? Auskunft auf alle diese und andere Fragen gibt dieses lebens- und beachtenswerte Buch.

Der Geist der Aufklärung in der deutschen Dichtung. Von Oberstudienrat Dr. H. Röhl. 46 Seiten. Steif brosch. 0.60 M. (Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig, 1927). — Die in weiten Kreisen bekannte „Deutschkundliche Bücherei“ ist wieder durch vier ausgezeichnete Hefte bereichert worden. Jedes der vier Bändchen bietet trotz des knappen Umfangs eine vorzügliche Einführung in die verschiedenen Abschnitte der deutschen Literatur.

Deutschkundliche Bücherei. Eine Sammlung von Hilfsbüchern zur Vertiefung in deutsche Sprache, Literatur und Kultur.

Die germanische Dichtung in kurzem Überblick. Von Prof. Dr. Heusler. 41 Seiten. Steif brosch. 0.60 M.

Gotische und althochdeutsche Sprachdenkmäler. Von Studienrat Dr. A. Rehring. 55 Seiten. Steif brosch. 0.60 M.

Das Fremdwort der deutschen Sprache. Von Studienrat Professor W. Doppermann. 54 Seiten. Steif brosch. 0.70 M.

Die Karikatur. Wie lerne ich sie zeichnen? von Kurt Schalbach mit 100 Illustrationen von Johnson, Beder, Tempelburg und Riega. 192 Seiten, 3.50 M. Max Bessers Verlag, Berlin W 15). — Das Buch ist eine leichtfaßliche Einführung in die Kunst des Karikierens und wohl die erste Arbeit, die das vielseitige Thema sachlich, erschöpfend und gemeinverständlich behandelt. Die Kunst der Karikatur war bisher das Geheimnis einiger weniger Künstler, die keine Veranlassung oder Neigung hatten, das selbe preis zu geben oder aber die eben unbewußt schufen. Schalbach führt den Nachweis und gibt die Anleitung, nach der jeder es bis zu einer gewissen Fertigkeit in Karikaturenzeichnen bringen kann.

Weidmannsfreude in Wald und Heide. Von Günther Freiherr von Bischoffshausen. Mit 48 Schwarzweißzeichnungen von Luise von Benda (Preis in Originalleinenband 5.50 M., Schöffel-Verlag Berlin W 85). — Der bisher nur in Zeitschriften als Jagdschriftsteller hervorgetretene Verfasser gibt in diesem Buch eine Sammlung fe-

ner eigenen Jagderlebnisse. Keine wilden Abenteuer, sondern lebendig geschriebene Schilderungen eines fein beobachtenden und mit seinem geliebten Wald und Wild eng verknüpften alten Jägers.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. Juli		11. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.48	169.82	168.86	169.20
Kopenhagen 100 Kr.	112.46	112.68	112.61	112.90
Italien . . . 100 L.	22.965	22.99	22.95	22.99
London . . . 1 Pf.	20.425	20.465	20.462	20.502
Newyork . . . 1 D.	4.207	4.2215	4.2145	4.2225
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.495	16.535
Schweiz . . . 100 Fr.	80.95	81.115	81.135	81.295
Wien 100 Schilling	59.24	59.36	59.33	59.45
Prag . . . 100 Kr.	12.47	12.49	12.492	12.512

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Staatsprüfung im Ingenieurbaufach im Jahr 1927.

Die nachgenannten Regierungsbauführer sind als in der Staatsprüfung im Ingenieurbaufach befähigt erklärt und zu Regierungsbauameistern ernannt worden:

Dr. rer. Theodor Ader von Kusel (Pfalz),
Selmut Engel von Karlsruhe,
Erich Link von Karlsruhe,
Karl Scherer von Lauba,
Karl Schmidt von Weinheim,
Robert Schwabe, von Bremen
Max Wagner von Waldbrich und
Gans Werner von Karlsruhe.
Karlsruhe, den 7. Juli 1927.

Der Minister der Finanzen
Schmitt

Bekanntmachung
Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaufach 1927.

Die Regierungsbauführer
Arthur Dähler aus Basel,
Karl Dörich aus Karlsruhe,
Gustav Dirsch aus Biersfeld bei Wiesbaden,
Josef Kaufmann aus Karlsruhe und
Bruno Kautson aus St. Petersburg
haben sich der Messtätigen Staatsprüfung im Hochbaufach unterzogen und sind für befähigt erklärt und zu Regierungsbauameistern ernannt worden.

Karlsruhe, den 8. Juli 1927.
Der Finanzminister
Schmitt

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Verein des Ministeriums der Finanzen
In den Ruhestand versetzt:
Betriebsführer Johann Baptist Fuchs in Meersburg.

Verordnungen:
Gendarmeriewachmeister Konrad Key in Stetten a. T. M.

Operette im Konzerthaus
Morgen Mittwoch, 13. Juli 1927, abds. 7¹/₄ Uhr
Die Ausstattungsoperette
Der ORLOW
Karten bei Müller, Kaiserstraße; Holzschuh, Werderstraße; Brunner, Kaiserallee; Konzerthauskassa und telefonisch (7260) zu Mark 1.50 bis 5.50.
Donnerstag: Gräfin Mariza.

Volksbühnenspiel Ditzheim
Samstag, den 16. Juli, nachm. 2 Uhr
Gonderaufführung des „Tell“
G. 555 Spielzüge wie an Sonntagen.
Schülerplätze in der Mitte 1 M., auf der Seite und hinten 50 Pf. Anmeldungen wollen sofort an die Theaterkasse Ditzheim gerichtet werden.

Gemeindesparkasse Eppelheim (öffentliche Sparkasse).

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Aktiva.		Passiva.	
	RM		RM
Darlehen gegen Hypothek.	57 114.10	Spareinlagen	190 213.16
Reichsanleihe (Anleiheab-		Giroeinlagen	86 219.98
lösungsschuld mit Ausl.		Anlehenskapitalien	177 103.41
Richtn.)	1.—	Ausgabenrückstände	2 737.63
Schuldenscheinanleihe	67 372.50	Rücklagen früherer Jahre	11 340.74
Wechselanleihe	12 635.—	Reingewinn 1926	4 106.22
Darlehen in laufender Rechnung:			
1. bei Banken	10 826.99		
2. bei Privaten	293 584.86		
Einnahmerückstände	7 558.01		
Mobilien	1 425.—		
Rassenbestand per 31. De-			
zember 1926	1 203.68		
	451 721.14		451 721.14

Eppelheim, den 31. Dezember 1926.
G. 92
Gemeindesparkasse Eppelheim (öffentliche Sparkasse).
Der Verwaltungsrat: Andreas Jäger, Bürgermeister.
Die Geschäftsleitung: Kiegl.

8%ige Goldanleihe
der Stadt Mannheim vom Jahre 1926.
Die nach dem Tilgungsplan auf 1. Oktober 1927 zur Heimzahlung gelangenden Stücke der 8%igen Goldanleihe der Stadt Mannheim vom Jahre 1926 sind von der Stadt freihändig erworben worden. Eine Verlosung findet demnach in diesem Jahre nicht statt.
Mannheim, den 1. Juli 1927.

Der Oberbürgermeister. G. 556

48 000 Mark
aus Erbschaft evtl. geteilt, geg. 6-7% an reelle Zinszahler abzugeben. Näh. durch B.N.Z. 3771 an ALA-Spanenstein & Vogler, Karlsruhe i. S.
Betten u. Schränke
sowie Möbel aller Art zu kaufen gesucht. Angebote an Fr. Schuster, Karlsruhe, Ludwig-Wilhelmstr. 18.

Erstklassige
Pianos
Harmoniums
Sprech-Apparate
empfiehlt die
Harmonium- u.
Pianofabrik
H. Goll A.-G.
Freiburg
Filiale Karlsruhe
Waldhornstr. 30 bei der
Kaiserstr. Tel. 6835
Günstige Monatsraten
ohne Anzahlung.
Kataloge kostenlos.

Die Bahnhofswirtschaft in Heidelberg wird auf 1. Januar 1928 neu vergeben.
Auf Prozente vom Umsatz lautende und eine feste Jahresminderpacht zusichernde Pachtangebote sind mit Nachweisen über Befähigung, Leumund und Vermögensverhältnisse, verschlossen mit der Aufschrift „Pacht Bahnhofswirtschaft Heidelberg“, bis spätestens 8. August 1927, vorm. 10 Uhr, zu welcher Zeit die Angebote vor etwa erschienenen Bewerbern geöffnet werden, an das Reichsbahnbetriebsamt Heidelberg einzureichen. Pächterwohnung vorhanden, ihr Mietwert ist im Pachtzins nicht inbegriffen. Pachtbedingungen können b. Betriebsamt eingesehen oder gegen 1 M. erhoben werden. Freie Auswahl unter den Bewerbern oder die Zurückweisung sämtlicher Angebote vorbehalten. Persönliche Vorstellungen bei der Reichsbahndirektion nur nach Aufforderung. Karlsruhe, 11. Juli 1927. Reichsbahndirekt. Karlsruhe.

Freihändiger
Kuchholz-Verkauf.
Forstamt Todmoos.
Mittwoch, den 20. Juli 1927: 2200 Festm. Nadelstammholz, Losverzechnisse durch das Forstamt. 2.99

Leib Bücherei
Wissen ist Macht!

Vergleichsordnung
Gesetz über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses
Das neue Gesetz über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses Vergleichsordnung, das an die Stelle der Geschäftsaufsichtsverordnung tritt, ist vom Reichstag angenommen worden. Sofort nach seiner Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt geben wir eine Textausgabe heraus mit Inhaltsverzeichnis und Sachregister in handlicher Form und steifem Umschlag. Der billige Vorbestellungspreis von 70 Pf. ermöglicht jedem die Anschaffung.

Ausschneiden und einpendeln.

Unterzeichneter bestellt beim Verlag G. Braun in Karlsruhe

Stück der Vergleichsordnung, Gesetz über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses, zum Vorbestellungspreis von 70 Pf. Der Vorbestellungspreis gilt bis zum 20. Juli.

Name: Ort:

Beruf: Straße: